

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 87'908
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 18
Fläche: 28'308 mm²

TRIBÜNE

Versicherer

haben das Know-how

Gastkommentar

von THOMAS J. GRICHTING

Die Vorlage zur einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) hängt schon seit Jahren im Ständerat fest. Dies, obwohl der Bundesrat die Stossrichtung grundsätzlich begrüsst und der Nationalrat eine Vorlage bereits vor fast drei Jahren verabschiedet hat.

Der Teufel liegt wie immer im Detail: Heute finanzieren die Kantone nur bei stationären Leistungen mit, nicht jedoch bei ambulanten. Mit der vorliegenden Gesetzesänderung, die von einer breiten Allianz im Gesundheitswesen unterstützt wird, soll sich dies nun ändern. Die Kantone fordern dafür jedoch weitreichende neue Kompetenzen, die auch im Parlament stark umstritten sind. Hauptstreitpunkt ist die Kontrolle der Rechnungen. Die meisten sind sich einig, dass die Kantone nicht weitere Ressourcen aufbauen sollten, um neue gesetzliche Aufgaben zu erfüllen. Genau dies wäre jedoch die Folge, sollten die Ständeräte auf die Forderung der systematischen Rechnungskontrolle durch die Kantone einsteigen. Die kantonale Spitalfinanzierung zeigt eindrücklich, wie schwierig es für die Kantone ist, die Bilanz zwischen Kosteneffizienz und öffentlichem Anspruchsdenken zu halten. Zwar ver-

Die Rechnungskontrolle ist eine der Hauptaufgaben der Krankenversicherer.

fügen die kantonalen Verwaltungen über hohes Know-how auch im Gesundheitswesen, aber sie haben bereits heute verschiedene, zum Teil widersprüchliche Rollen als Versorgungsplaner, Wirtschaftsförderer, Mitfinanzierer, Genehmigungs- und Festsetzungsbehörde sowie in vielen Fällen auch als Spitaleigentümer.

Die Rechnungskontrolle dagegen ist eine der Hauptaufgaben der Krankenversicherer, denn es liegt in ihrem ureigensten Interesse, dass die Rechnungen, welche die Leistungserbringer den Versicherten stellen und welche die Krankenversicherer begleichen, richtig sind. Die mit der systematischen Kontrolle erzielten Einsparungen für den Prämienzahler belaufen sich dabei auf mindestens 3 Milliarden Franken, was rund 10 Prozent Einsparungen auf den Prämien entspricht. Krankenversicherer kontrollieren jährlich über 130 Millionen Rechnungen. Der Aufwand nur für die Kontrolle aus den OKP-Leistungen beträgt geschätzt 400 Millionen Franken pro Jahr. An diesem Prozess sind nicht nur mehrere tausend Mitarbeitende in der Branche der Krankenversicherer beteiligt, sondern auch digitale Systeme sowie beispielsweise künstliche Intelligenz. Woher würden die Kantone die Ressourcen für diesen neuen Auftrag des Bundes nehmen? Wie würde es ihnen gelingen, das Know-how der Krankenversicherer in diesem Bereich zu er-

reichen? Die Antwort ist klar. Die Verwaltung würde einmal mehr mit Steuergeldern aufgebläht – mit unsicherem Ausgang bezüglich Umsetzungsgeschwindigkeit, Kosten und Qualität. Und möglicherweise 26 verschiedenen Systemen. Der Ständerat ist gut beraten, in dieser Frage genau hinzuschauen und Vernunft walten zu lassen – trotz dem Wunsch der Kantone nach mehr Kontrolle aufgrund ihrer neuen Mitfinanzierung. Sinnvoller wäre es im Zweifelsfall, eine revisionsartige Berichterstattung über die bestehende Rechnungskontrolle bei den Krankenversicherern auch den Kantonen zur Verfügung zu stellen.

Es sind sich alle einig, dass die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (Efas) bestehenden Fehlansätzen entgegenwirkt und Kosten sparen kann. Nach jahrelangem Hin und Her wäre es förderlich, die Vorlage nun endlich zu verabschieden und nicht noch mehr Hindernisse einzubauen.

Thomas J. Grichting ist Generalsekretär und Mitglied der Generaldirektion der Groupe Mutuel.

NZZ, 17.8.2022